

Interpellation

betreffend **Information über Einbürgerungsverfahren / Bürgerrechtserwerb**

eingereicht von: Regula Keller (SP) und Christoph Baumann (SP)

am: 27. Februar 2017

Anzahl Mitunterzeichnende: 20

Geschäftsnummer: 2017.26

Text und Begründung

Es liegt im Interesse einer Demokratie, dass möglichst viele Bewohner und Bewohnerinnen als Bürger und Bürgerinnen an demokratischen Prozessen mitwirken. Zudem hat eine Studie des Nationalfonds gezeigt, dass die Einbürgerung die soziale und politische Integration langfristig fördert. Die Schweiz hat heute vergleichsweise strenge Einbürgerungsregeln. Mit dem neuen Bürgerrechtsgesetz, das 2018 in Kraft tritt, werden die Anforderungen nochmals erhöht.

Über 900'000 Ausländerinnen und Ausländer, die in der Schweiz leben, verfügen über die Wohnsitzvoraussetzungen, um sich einbürgern zu lassen. Nur jeder zehnte lässt sich aber effektiv einbürgern.

Deshalb sollte es den Einbürgerungsinstanzen wenigstens ein Anliegen sein, dass sich möglichst viele, welche die strengen Kriterien erfüllen, auch tatsächlich einbürgern lassen. Wichtige Voraussetzung dafür ist, dass die Leute über ausreichende Informationen über den zeitlichen und finanziellen Aufwand und über die Rechte und Pflichten im Verfahren verfügen.

Der Bundesrat begrüsst es ausdrücklich, dass Personen, welche die Voraussetzungen für eine Einbürgerung erfüllen, aktiv über die Möglichkeit des Bürgerrechtserwerbs und das Verfahren informiert werden. Auch die Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -Direktoren befürwortet in einem Brief eine aktive Information einbürgerungsberechtigter Personen. Hier sind die Gemeinden gefordert. Das Migrationsamt Basel-Stadt informiert beispielsweise ausländische Staatsangehörige, die nicht dem vereinfachten Einbürgerungsverfahren unterliegen über das ordentliche Einbürgerungsverfahren.

Mit ähnlichen Massnahmen könnte die Stadt Winterthur ein positives Zeichen setzen und Menschen ohne Schweizer Pass einladen Schweizer Bürgerin oder Bürger zu werden.

In diesem Zusammenhang stellen sich folgende Fragen

- Wie beurteilt der Stadtrat die positiven Einschätzungen des Bundesrates und der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren?
- Was für Schlüsse daraus zieht der Stadtrat für Winterthur in diesem Bereich?
- Welche Möglichkeiten sieht der Stadtrat, in der Stadt wohnhafte Ausländerinnen und Ausländer, die die Voraussetzungen für eine Einbürgerung erfüllen regelmässig aktiv über die Möglichkeit des Bürgerrechtserwerbs sowie über das Verfahren zu informieren?

Vorstoss-Rückseite Nr. 2017.26

eingesehen:	Mitunterzeichnende (X):		eingesehen:	Mitunterzeichnende (X):	
✓	Ch. Baumann (SP)		✓	St. Feer (FDP)	
✓	B. Helbling-Wehrli (SP)	X	✓	F. Helg (FDP)	
✓	R. Kappeler (SP)	X	✓	U. Hofer (FDP)	
✓	R. Keller (SP)		✓	Th. Leemann (FDP)	
✓	B. Konyo Schwerzmann (SP)	X	✓	Ch. Magnusson (FDP)	
✓	F. Künzler (SP)	X	✓	D. Schneider (FDP)	
✓	F. Landolt (SP)	X	✓	M. Wenger (FDP)	
✓	Ch. Meier (SP)	X			
--	U. Meier (SP)		✓	K. Cometta-Müller (GLP)	
✓	S. Näf (SP)	X	✓	R. Comfort (GLP)	
✓	M. Sorgo (SP)	X	✓	S. Gygax-Matter (GLP)	
✓	M. Steiner (SP)	X	✓	M. Nater (GLP)	
✓	S. Stierli (SP)	X	✓	A. Steiner (GLP)	
✓	G. Stritt (SP)	X	✓	M. Zehnder (GLP)	
✓	B. Zäch (SP)	X	--	M. Zeugin (GLP)	
			✓	M. Wäckerlin (PP)	
✓	F. Albanese (SVP)				
✓	S. Büchi (SVP)		✓	J. Altwegg (Grüne)	
✓	G. Gisler-Burri (SVP)		✓	R. Diener (Grüne)	X
✓	M. Gubler (SVP)		✓	R. Dürr-Ziehli (Grüne)	
✓	M. Gross (SVP)		✓	Ch. Griesser (Grüne)	X
✓	H.R. Hofer (SVP)		✓	D. Hofstetter (Grüne)	
--	R. Keller (SVP)		✓	D. Berger (AL)	X
✓	Ch. Leupi (SVP)		✓	K. Gander (AL)	X
✓	U. Obrist (SVP)				
✓	D. Oswald (SVP)		✓	L. Banholzer (EVP)	X
✓	P. Rütsche (SVP)		✓	M. Bänninger (EVP)	X
✓	D. Steiner (SVP)		✓	Th. Deutsch (EVP)	X
✓	W. Steiner (SVP)		✓	B. Huizinga-Kauer (EVP)	X
✓	M. Trieb (SVP)				
			✓	K. Brand (CVP)	
✓	Z. Dähler (EDU)		✓	A. Geering (CVP)	
			--	I. Kuster (CVP)	
✓	Y. Gruber (BDP)				